

Maienfeld

Nationalrätin Martullo zu Gast

Auf Einladung der SVP Bündner Herrschaft hat Nationalrätin Magdalena Martullo am Donnerstag einen Zwischenstopp in Maienfeld eingelegt und von der Sommersession aus Bern berichtet.



Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Grossrat Andrea Davaz (SVP Herrschaft) und Gastgeber Christian Egli von der Gebr. Möhr AG (v.l.). Foto: M. Schnell

In der neuen Halle des Maienfelder Holzbauunternehmens Gebr. Möhr AG trafen sich am Donnerstag Mitglieder, Sympathisanten und Gäste, um zu hören, was Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher von der Sommersession aus Bern zu berichten hat.

Die Session habe zwar – bis auf den angekündigten Rücktritt von Bundesrat Didier Burkhalter – keine grossen Wellen geworfen; dennoch hätten nicht weniger als 180 Motionen, 43 Postulate und 64 parlamentarische Initiativen behandelt werden müssen, stellte die SVP-Nationalrätin zurückblickend fest. Viele Parlamentarier hätten eben die Vorstellung, sich mit allen möglichen und unmöglichen Vorstössen profilieren und in den Medien Aufmerksamkeit erlangen zu müssen. «Alle diese Vorstösse kosten nur schon in der Erstabklärung, für eine Antwort

der Verwaltung, 30 Millionen Franken», so Martullo. Zudem könnten die Parlamentarier mit solchen Vorstössen ihr «nicht gerade bescheidenes» Einkommen zusätzlich aufbessern.

Ferner kam die Nationalrätin auf Europafragen und die Behandlung der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zu sprechen. Sie stelle leider immer wieder fest, dass Parlamentarier bei jeder Gelegenheit versuchten, den Anliegen der EU statt jenen des Schweizer Volks gerecht zu werden. Während der Session sei die Verordnung zu dieser Masseneinwanderungsinitiative herausgekommen. Darin sei unter ande-

rem erklärt, das nebst den aktuellen Arbeitslosen, die heute schon zur Hälfte Ausländer seien, nun auch die vorläufig aufgenommenen Asylbewerber, die man aus verschiedenen Gründen nicht zurückschieben konnte, sich als Arbeitslose melden können. Zudem würden diese und alle anderen EU-Bürger bei der Stellensuche gegenüber den Schweizern von einem Dreitage-Vorrang profitieren. Ferner sei kürzlich beschlossen worden, dass die abgelehnten bzw. vorläufig aufgenommenen Asylbewerber nun auch ihre Familien nachziehen könnten. «Statt jene Arbeitslosen zu integrieren, die bereits hier sind, kommen mit dieser Lösung jetzt immer neue in unser Land, die unser Sozialsystem belasten und zum Bevölkerungswachstum beitragen.» Nebst den Europafragen kam Martullo auf verschiedene andere Themen der Session, wie beispielsweise den Hotellerie-Sondersatz der Mehrwertsteuer, zu sprechen. In der anschliessenden Fragerunde standen zudem Themen wie die Landwirtschaftspolitik im Zentrum des Interesses der zahlreich anwesenden Besucher. (ms)